Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 17. 10. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/1876 –

Konsequenzen ziehen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 30. Mai 2006 zur Weitergabe europäischer Fluggastdaten an die Vereinigten Staaten von Amerika

A. Problem

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil vom 30. Mai 2006 die Rechtsakte der EU-Kommission und des EU-Rates zur Übermittlung von Fluggastdaten an die USA wegen Fehlens einer Rechtsgrundlage für nichtig erklärt. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung aufgefordert werden zu berichten, welche Erfolge die Datenweitergabe bei der Terrorismusbekämpfung bislang gebracht hat und auf welche Rechtsgrundlage ein Datentransfer, sollte er sich als unverzichtbar erweisen, gestützt werden könnte. Ferner soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass bis dahin die Datenübermittlung ausgesetzt und bereits weitergegebene Daten unverzüglich gelöscht werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1876 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/1876 abzulehnen.

Berlin, den 27. September 2006

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy Vorsitzender

Beatrix PhilippBerichterstatterin

Ernst Burgbacher Berichterstatter

Silke Stokar von Neuforn

Berichterstatterin

Wolfgang Gunkel Berichterstatter

Ulla Jelpke Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Beatrix Philipp, Wolfgang Gunkel, Ernst Burgbacher, Ulla Jelpke und Silke Stokar von Neuforn

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/1876** wurde in der 40. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Juni 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 23. Sitzung am 20. September 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 24. Sitzung am 19. September 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat in seiner 15. Sitzung am 20. September 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in seiner 20. Sitzung am 20. September 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuss für Tourismus hat in seiner 15. Sitzung am 20. September 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 16. Sitzung am 20. September 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/1876 in seiner 20. Sitzung am 27. September 2006 abschließend beraten. Als Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/1876 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

II. Zur Begründung

Die Bundesregierung hat den Innenausschuss unter Bezugnahme auf den schriftlichen Bericht auf Ausschussdrucksache 16(4)113 ausführlich über die Konsequenzen aus der Entscheidung des EuGH vom 30. Mai 2005 unterrichtet. Die Europäische Kommission habe das Abkommen zwischen der EU und den USA über die Weitergabe von Fluggastdaten gemäß den Vorgaben des Urteils zum 30. September 2006 gekündigt. Seit dem 8. September 2006 würden nun Verhandlungen mit den USA geführt. Ziel sei es, ein Interimsabkommen zu schließen, um so mehr Zeit für vertiefte Verhandlungen zu gewinnen.

Die **Fraktion der FDP** befürchtet, dass der Datenschutz bei der Übertragung von Fluggastdaten ab dem 1. Oktober 2006 noch weniger sichergestellt sei als durch das frühere Abkommen. Daher sei das Interesse an einer Interimsvereinbarung groß. Bei der Ausgestaltung einer solchen Vereinbarung sollten allerdings die im Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/1876 benannten Eckpunkte Berücksichtigung finden.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt für den Antrag auf Drucksache 16/1876. Es sei bedauerlich, dass der EuGH in seinem Urteil lediglich auf formale Aspekte, nicht aber auf Fragen des Daten- und Grundrechtsschutzes eingegangen sei

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt ebenfalls für den Antrag der Fraktion der FDP, da die bisherigen Bemühungen um eine Regelung der Übermittlung von Passagierdaten nicht ausreichend seien.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD stimmen gegen den Antrag der Fraktion der FDP. Der Abschluss eines Interimsabkommens würde einen Zeitgewinn bedeuten, um mit den USA in ernsthafte Verhandlungen treten und um Verbesserungen ringen zu können. Daher sollten jetzt zunächst die Verhandlungen abgewartet werden.

Berlin, den 27. September 2006

Beatrix Philipp Wolfgang Gunkel
Berichterstatterin Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Ulla JelpkeBerichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn Berichterstatterin

